

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 47 (1968)
Heft: 12

Artikel: Ein bedrückender Kongress
Autor: Reventlow, Rolf
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-347414>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

derhalb Jahrhunderten ebenso sehr wie vor ein paar Jahren den grossen nordamerikanischen Präsidenten. Krankheit ist auf die Dauer und aufs Ganze gesehen eine besonders fatale Art von Verschwendung, auch wenn ganze Wirtschafts- und Berufszweige von ihr leben. Gesundheitsvorsorge ist unaufhaltsam im Kommen, weil ihr realer Wert auf die Dauer grösser ist als alle entgegenstehenden Interessen. *Wir können viel Geld sparen, aber auch viel Elend abwenden, wenn wir uns jeweils schnell entschliessen und unverzüglich handeln.*

Rolf Reventlow

Ein bedrückender Kongress

Die Maiwahlen dieses Jahres haben bekanntlich in Italien zu einem Misserfolg für die wiedervereinigten Sozialisten geführt. Entgegen allen Erwartungen konnte die abgesplitterte Sozialistische Partei für proletarische Einheit (PSIUP), die als einzige die Invasion der Tschechoslowakei guthiess, Positionen behaupten und somit die Partei der vereinigten Sozialisten schwächen. In der Mehrheit befand daraufhin das Zentralkomitee, die Partei müsse eine «Pause» in der Regierungsverantwortung einlegen. So trat die PSI aus der Koalition der Linken Mitte aus. Christdemokraten bildeten ein Minderheitskabinett, die Regierung Leone, die jedoch im Parlament von der Unterstützung der Sozialisten abhängig bleibt.

Doch schöpferisch wurde diese Pause ganz und gar nicht. Die bewegte Geschichte der Sozialistischen Partei Italiens (PSI) hat wohl keinen Kongress gekannt, der so verzweiflungsvoll im politischen Nichts endete wie der Parteitag der PSI Ende Oktober 1968. In der mühevollen Wandlung des italienischen Sozialismus aus dem Volksfrontgedanken der unmittelbaren Nachkriegszeit über die Parteispaltung von 1947 zur Linken Mitte und politischen Verantwortung in der Regierung bis zur Wiedervereinigung hat es mancherlei stürmische Tagung gegeben. Doch bislang entsprachen solche Stürme der Notwendigkeit klärender Auseinandersetzung. Nunmehr jedoch, zwei Jahre nach der Wiedervereinigung, gab es keine Klärungen, sondern unerfreulichen Kulissenkampf um Machtpositionen im Landeskomitee, das mit seinen 121 Mitgliedern notfalls einen kleinen Parteitag abgibt und die eigentliche Parteileitung wählt. Trotz vielerlei Reden, die eben diesem Kampf um Positionen mehr denn als der politischen Klarstellung dessen diene, was denn nun eigentlich bei Verhandlungen über eine Linke-Mitte-

Koalition zu postulieren sei, gab es keine politische Aussage. Als der Kongress plötzlich um 24 Stunden verlängert werden musste und viele Delegierte, deren Koffer schon in der Garderobe standen, die Tagung verliessen, wanderten Entschliessungen, die sie eingebracht hatten, in den Papierkorb.

Zum Verständnis dieser von der wohlgesinnten Presse mit betontem politischem Bedauern zur Kenntnis genommenen Vorgänge sind einige Erläuterungen notwendig. Die Wiedervereinigung – Sozialdemokraten-Sozialisten – hat sich seit zwei Jahren gut eingespielt. Auf dem Parteitag in Rom waren alte Trennungslinien nicht mehr sichtbar. Dies gilt für die politische Gruppierung. Anders steht es um die Organisation. Angestellte Sekretäre ebenso wie die leitenden Funktionäre hatte man bei der Wiedervereinigung einfach beibehalten. Alles lief mithin auf zwei Geleisen und musste nun auf ein einziges Geleise überführt werden. Dabei ist natürlich das Ausscheiden von Vorstandsmitgliedern unvermeidlich. So entstanden fünf Parteifraktionen, die in monatelangen Erörterungen in Sektionen und Provinzialverbänden ihre Gesichtspunkte darlegten. Es war keineswegs leicht, diese Gesichtspunkte zu unterscheiden. Alter Übung entsprechend wurde proportionell abgestimmt. Man konnte sich also schon zu Beginn der Tagung ausrechnen, wie schwierig es sein werde, eine innere Parteimehrheit zusammenzubringen, die im neuen Vorstand jene Übereinstimmung erzielen konnte, auf deren Grundlage Regierungsverhandlungen denkbar und erfolgreich schienen. Die Lage zu Beginn des Parteitages am 24. Oktober 1968 sah demnach so aus:

Fraktion Sozialistische Unabhängigkeit (Nenni, Mancini, Ferri)	34,32 %
Sozialistische Befreiung und Einheit (de Martini, bisheriger Mitvorsitzender, Arfé, Ariosto)	33,65 %
Sozialistische Erneuerung (Tanassi, bisheriger sozialdemokratischer Mitvorsitzender, Cariglia)	13,11 %
Sozialistische Linke (Lombardi, Codignola)	7,2 %
Sozialistische Verpflichtung	5,2 %

Diese Fraktionen, die nach der Wiedervereinigung neu entstanden, waren und sind in sich nicht so geschlossen wie die christdemokratischen Parteifraktionen. Aber sie präsentierten sich in der Vordiskussion und auf dem Parteitag dennoch vor allem als Gruppen für die Auswahl der leitenden Gremien der Partei. Die politischen Unterschiede waren für die ersten vier der genannten Fraktionen nicht von entscheidender Bedeutung. Lediglich die Linke unter der Führung von Rocco Lombardi war sozusagen in grundsätzlicher Opposition zur erneuten Beteiligung an einer Regierung der Linken Mitte. Von ihm stammte auch der Ausspruch, er sei für ein vereintes Europa, und in einem derartigen vereinten Europa hätte der Atlantikpakt keinen Platz. Alle anderen Fraktionsredner unterstrichen hingegen mit unterschiedlicher Betonung, Italien könne sich nicht zuletzt angesichts der Invasion der CSSR nicht aus dem Atlantikpakt lösen. Von dem Flotten-

problem im Mittelmeer sprach niemand, was nicht bedeutet, dass es bei diesen Feststellungen nicht mitentscheidend war. In der PSI vor der Vereinigung mit den Sozialdemokraten war der Atlantikpakt lange Jahre hindurch mit ein Hauptelement der Oppositionspolitik, auf fast der gleichen Linie mit der KPI. Nun aber wurden hier Grenzlinien gezogen, mitunter bedingt, mitunter schärfer. Niemand unter den Rednern war ernsthaft dafür, kommunistische Stimmen im Parlament in allen Fällen zu boykottieren. Schliesslich wurde ja auch der Sozialdemokrat Sarragat seinerzeit mit den kommunistischen Stimmen zum Staatspräsidenten gewählt. Unzweideutig formulierte der Vorsitzende der Parlamentsfraktion, Mauro Ferri, jedoch die politische Abgrenzung, als er bedauerte, dass die Ablehnung der Invasion der CSSR durch die KPI zu keiner weiteren politischen Entwicklung dieser Partei geführt habe, die nunmehr auch von «Normalisierung» spreche, den Reformkurs der tschechoslowakischen Kommunisten bedauerte und immer noch die unverbrüchliche Solidarität mit der UdSSR betone. Allerdings gab es auch Redner, die sich der Hoffnung hingeben, die KPI würde sich zu einer demokratischen Partei fortentwickeln, so der frühere Finanzminister Luigi Preti. Nicht dessentwegen, wohl aber wegen seiner Auffassung, es gelte die in Italien bedeutsame Wirtschaftsmacht der öffentlichen Hand zu kontrollieren und im sozialistischen Sinne zu leiten, kam es im Parkett der Delegierten zu lärmenden Demonstrationen. Von der Linken wurde dies offenbar als eine Aufgabe der Idee der «Niederwerfung der kapitalistischen Ordnung» angesehen, von der auch de Martino gesprochen hatte.

Parkett und Tribüne waren, auf diesem italienischen Parteitag fühlbarer denn je zuvor, ein Problem für sich, das in einer Zeit, da man alles in allen Landen gerne soziologisch seziert und wertet, der Beachtung durch die Sozialisten ausserhalb Italiens wert ist. Die Delegierten, schlechthin als «Base», also als Fussvolk der Partei bezeichnet, meldeten sich fast nur zu Fragen der Statutenänderung oder zu dem ausserhalb der Tagesordnung stehenden Problem der Gewerkschaftseinheit zu Wort. Über «Hohe Politik» sprachen die Intellektuellen vom Vorstandstisch, nicht immer in der Sprache des Volkes und allzusehr in der Sprache der politischen Routine. Ausnahmen bestätigten die Regel, so die eindrucksvolle Eröffnungsansprache des Parlamentspräsidenten Sandro Pertini. Unruhe im Saal entstand auch dadurch, dass man in der Leitung der Tagung nicht für zeitliche und thematische Abgrenzungen der Tagesordnungspunkte sorgte, nicht zuletzt, weil ein grosser Teil der tatsächlichen Diskussion sich hinter den verschlossenen Türen der Fraktionszimmer abspielte. Journalisten irrten durch die Wandelhallen auf der Suche nach Information, ob wohl nun welche mit welcher anderen Fraktion sich einigen würde, um innerhalb der Partei eine tragfähige Mehrheit für die künftige Leitung der PSI zustande zu bringen. Sie kam nicht zustande, noch weniger die mehrfach in den Reden geforderte politische Entschliessung über die Politik der Partei in

der nächsten Zeit. Alles scheiterte an Personenfragen. Nur das Zentralkomitee konnte, mit 24stündiger Verspätung, gewählt werden. In seiner Zusammensetzung entspricht es den Prozentsätzen, die bei der Vordiskussion im Lande für die einzelnen Fraktionen abgegeben worden waren. Diesem Zentralkomitee obliegt nun sowohl die Wahl des Vorstandes wie auch die Ausarbeitung der Richtlinien für kommende Koalitionsverhandlungen. Unbestritten ist sicherlich die Wiederwahl des alten Parteiführers Pietro Nenni zum Präsidenten, also zum Ehrenvorsitzenden. Denn der Vorsitzende heisst hier, wie in Frankreich, Generalsekretär. Offiziell kandidierte bisher de Martino. Ein als solcher ungenannter Gegenkandidat ist der Vorsitzende der Parlamentsfraktion, Mauro Ferri. Politisch entscheidend ist bei dieser Wahl aber auch, welche stellvertretenden Generalsekretäre bestimmt werden und mit welchen Funktionen.

Erst wenn diese Fragen geklärt sind, kann in Italien über die künftige Regierungskoalition gesprochen werden. Bis dahin muss sich auch die hinsichtlich eines Regierungsprogramms keineswegs weniger komplizierte Lage innerhalb der Christdemokratischen Partei klären. Sie stellt sich nicht nur im jeweiligen Gewicht der einen oder anderen Fraktion innerhalb der Partei, sondern auch in politisch ziemlich unwägbareren Einflussmöglichkeiten eines benachbarten Kleinstaates, des Vatikanstaates, dar. Der Antiklerikalismus alten Stiles aus dem vorigen Jahrhundert ist in Italien heute nicht mehr zu finden. Man begeht den Jahrestag der Eroberung Roms durch das geeinte Italien nur bei gedämpftem Trommelklang, und im Vatikan hat sich nicht nur das alte Zeremoniell, sondern auch sonst viel geändert. Dennoch klang es in fast allen Diskussionsbeiträgen des sozialistischen Parteitages immer wieder durch: Wir sind die Vertreter des weltlichen Staates, die versuchen, sich mit «den Katholiken» politisch zu verständigen. Das ist nicht nur die Stimmung innerhalb der Sozialistischen Partei – trotz dieser unzulänglichen Tagung eine Massenpartei –, sondern auch weiter Kreise der öffentlichen Meinung. In der gewiss nicht allzu links orientierten Tageszeitung «La Nazione» in Florenz konnte man am Tage nach dem Parteitag lesen, es sei bedauerlich, dass die einzige Kraft, die eine «Konzil-Republik» zu verhindern in der Lage sei, ihren Kongress nicht besser zu Ende führen konnte. In der kommunistischen Presse konnte man derartiges nicht lesen. Die KPI wird ihre früheren Versuche, die Sozialisten von rechts zu überholen und sich der Kirche, mehr als den Christdemokraten, als Gesprächspartner anzubieten, weiterführen. Sie nahm an sich von der Sozialistentagung nur spärlichst Kenntnis, vielleicht auch, weil ihr Gleichgewicht derzeit nicht sehr gut fundiert zu sein scheint. Es ist bezeichnend, dass man in der kommunistischen «Unità» am zweiten Tag des Sozialistenkongresses über diesen kaum etwas verzeichnet fand, wohl aber grosse Berichte über die Spionagefälle in der deutschen Bundesrepublik mit der sehr bezeichnenden Überschrift, das – amerikanische Spionagesystem offenbare sich in diesen Fällen.

Zahlreiche Fragen, unter ihnen sozialpolitische Verbesserungen, sozialer Wohnungsbau, die Wirtschaftsplanung nach der nicht unbedeutenden Erweiterung des Einflusses der öffentlichen Hand im Bereich der chemischen Industrie, die grosse Frage der durch ungehemmte Bevölkerungszunahme weiterhin aktuellen Arbeitslosigkeit auch qualifizierter Arbeitskräfte, Universitätsreform und Ausbau des Schulwesens, die Liquidierung der Erdbebenschäden auf Sizilien und viele andere Probleme stehen auf der Tagesordnung der politischen Entscheidungen. Es kann von der Regierung der Koalitionspause nicht erwartet werden, dass sie hier wegweisend auftritt, um die stille Unterstützung durch die Sozialisten in politische Aktion umzumünzen. Daher wird es am Zentralkomitee der PSI liegen, die grossen Lücken der Beratungen des Oktober-Parteitages der Sozialisten durch Zurückstellung der persönlichen hinter die drängenden politischen Fragen auszufüllen und damit die Politik Italiens aus der Sackgasse zu führen.

W. I. Lenin

An Breschnjew

(Werke, 4. russische Ausgabe, deutsch 1962, Band 36, S. 592 ff.)

Im Dezember 1922 erlitt Lenin seinen zweiten Schlaganfall. Er konnte von da ab nur noch viertelstundenweise diktieren, darunter den folgenden Text, einen der letzten seines Lebens. Anlass war der Einmarsch sowjetischer Truppen in die autonome Sowjetrepublik Georgien.

Es scheint, ich habe mich vor den Arbeitern Russlands sehr schuldig gemacht, weil ich mich nicht mit genügender Energie und Schärfe in diese ominöse Frage eingemischt habe . . .

Wenn es so weit gekommen ist, dass Breschnjew¹ sich zu physischer Gewaltanwendung hinreissen liess, so kann man sich vorstellen, in welchem Sumpf wir gelandet sind. Offenbar war dieses ganze Unternehmen von Grund auf falsch und unzeitgemäss.

Man sagt, die Herstellung der Einheit sei nötig gewesen. Woher stammen diese Behauptungen? Doch wohl von demselben russischen Apparat, den wir vom Zarismus übernommen und nur ganz leicht mit Sowjetöl gesalbt haben . . .